

Workshop 1

Macht abgeben – Einwohner/innen beteiligen - Macht gewinnen

1. Eine politische Kraft muss dort Akzente setzen, wo sie verankert und stark ist. Stark sein bedeutet, bei BürgerInnen für das eigene Handeln Akzeptanz und Unterstützung zu finden. Nur so ist es möglich, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen und Macht auszuüben. Für die Partei Die Linke ist Kommunalpolitik der Raum, in dem sie im gesamten Bundesgebiet mehr oder weniger stark wirksam werden kann. Hier stellt sich die Machtfrage in elementarer, für BürgerInnen unmittelbar in allen Lebensbereichen erlebbarer Weise.
2. Die Stärke der Partei Die Linke resultiert daraus, dass ihre KommunalpolitikerInnen die Interessen der Mehrheit der BürgerInnen aufgreift, diese in politischen Entscheidungsprozessen zur Geltung bringt und dabei immer soziale Gerechtigkeit und Solidarität als Orientierungspunkte ihres Handelns und ihrer Entscheidungen betrachtet. Wenn diese Einheit von Handeln und Anspruch für BürgerInnen erlebbar ist, kann linke Kommunalpolitik Entscheidungsprozesse nachhaltig beeinflussen. Dann ist sie Ausdruck von Macht.
3. Die Einheit von Anspruch und Handeln einer politischen Kraft wird sichtbar, wenn zwei Seiten zusammenfallen: die Resultate politischen Handelns müssen den Interessen der Mehrheit der BürgerInnen entsprechen und Entscheidungsprozesse müssen für BürgerInnen nachvollziehbar sein. Das Verfahren muss durch BürgerInnen entwickelt und entschieden werden. Durch die Beteiligung von BürgerInnen an Entscheidungsprozessen wird Vertrauen aufgebaut und werden gleichzeitig Interessen, Wissen und Können der BürgerInnen zu Faktoren für die erfolgreiche Durchsetzung ihrer Anliegen. KommunalpolitikerInnen müssen ihre Macht, Entscheidungen in kleinem Rahmen zu treffen, aufgeben. Indem sie Entscheidungsprozesse öffnen, gewinnen sie Macht durch Zuwachs an Wissen, Verbündeten und Vertrauen. Ausschlaggebend ist nicht die Entscheidung an sich, sondern die Qualität der Entscheidung, d.h. die Art und Weise, wie Entscheidungen zustande gekommen sind.
4. BürgerInnen erkennen durch ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen, wo Möglichkeiten und Grenzen linker Kommunalpolitik liegen. Sie erkennen die Bedeutung von außerhalb kommunaler Zuständigkeit liegenden Rahmenbedingungen wie auch die Interessen der unterschiedlichen im kommunalen Raum agierenden politischen Kräfte. Sie erkennen auch, wo die Möglichkeiten und Grenzen des Handelns der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes liegen. Gemeinsames Handeln linker KommunalpolitikerInnen, von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und BürgerInnen eröffnet linker Kommunalpolitik neue Spielräume. Da sich politische Stärke vor allem in der Wirkung von Niederlagen zeigt, ist die Öffentlichkeit von und damit das Wissen über Ursachen von Niederlagen ein wichtiger Faktor, um auch unter solchen Bedingungen als politische Kraft weiter akzeptiert zu werden.
5. Der hier skizzierte Politikansatz stellt hohe Anforderungen an die einzelnen KommunalpolitikerInnen wie auch an die Partei DIE LINKE. Das direkte Gespräch mit BürgerInnen, das Zuhören-Können und die Fähigkeit, eigene Vorstellungen/Konzepte/Ideen im Ergebnis der Zusammenarbeit mit BürgerInnen auch verändern zu können, ist wesentliches Merkmal linker Kommunalpolitik. Das Handeln der Partei in ihrer Gesamtheit muss als Einladung zu politischem Handeln, zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen, durch offene Diskussion, Fähigkeit zur Selbstkritik und gegenseitige Akzeptanz auch bei unterschiedlichen Positionen erkennbar sein. In diesem Sinne müssen alle programmatischen wie auch politischen Positionen auf der globalen, der Bundes- und Landesebene die Wirkungen auf die politische Handlungsfähigkeit im kommunalen Raum in Rechnung stellen.